

Sechs Jahre Fukushima: Die Atomkatastrophe besteht fort

Veröffentlicht am [10/03/2017](#) von [admin](#)

Sechs Jahre nach Beginn der Atomkatastrophe von Fukushima leben die Menschen in Japan weiterhin mit den Folgen. Die havarierten Atomreaktoren des AKW Fukushima Dai-ichi sind weiterhin nicht unter Kontrolle. Im inneren der Reaktorkerne wurden kürzlich so hohe Strahlenwerte gemessen, dass ein Mensch nach wenigen Minuten sterben würde. Auch Roboter können in den hoch verstrahlten Reaktoren nicht arbeiten. Die Bergung der geschmolzenen Brennstäbe wird, ähnlich wie in Tschernobyl, vermutlich für viele Jahrzehnte nicht möglich sein, sodass die maroden Kraftwerksgebäude bei zukünftigen Naturkatastrophen wie Erdbeben, Tsunamis oder Stürmen eine hohe Gefahr für die gesamte Region darstellen.

Auch ohne weitere Unfälle fließen täglich Tonnen von kontaminiertem Kühlwasser ins Grund- und Meerwasser und tragen dort zur ohnehin stark erhöhten Radioaktivität bei. Auch die Dekontaminationsarbeiten an Land sind ins Stocken geraten und werden durch Stürme, Niederschlag und Überflutungen regelmäßig zunichte gemacht. Aufgrund der stetig wachsenden Berge an Strahlenmüll wurden kürzlich in ausgewählten Ortschaften die gesetzlichen Grenzwerte für Baumaterialien angehoben, um radioaktive Erde für öffentliche Straßenbauprojekte nutzen zu können – eine Initiative, die nach heftigen Protesten der betroffenen Gemeinden eingestellt werden musste.

Derweil steigt der Druck der Behörden auf die knapp 100.000 Menschen, die ihre Heimat aufgrund der radioaktiven Kontamination verlassen mussten und bis heute als Strahlenflüchtlinge übers Land verstreut sind. Sie sollen möglichst bald in die verwaisten Ortschaften in Fukushima zurückkehren, auch wenn dort die Strahlenwerte weiterhin so hoch sind, dass man nicht ohne gesundheitliche Gefährdung dort leben kann. Vor allem für junge Familien, Immungeschwächte und Kinder ist eine Rückkehr daher keine Option. Da die Zahl der Rückkehrer anhaltend niedrig ist, sollen den Strahlenflüchtlingen nun die staatlichen Subventionen gekürzt werden.

Derweil steigt die Zahl der diagnostizierten Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern in Fukushima weiter an. Waren es nach der ersten Reihenuntersuchung im März 2014 noch 101 Fälle, sind es nun, nach der ersten Nachuntersuchung zwei Jahre später, 145. Das bedeutet, dass sich bei 44 Kindern der Krebs erst in den letzten zwei Jahren gebildet haben muss. Dies entspricht einer jährlichen Erkrankungshäufigkeit (Inzidenz) von 8,1 Fällen pro 100.000 Kindern. Vor Fukushima lag die Inzidenz von Schilddrüsenkrebs in Japan bei 0,3 Fällen pro 100.000 Kindern jährlich. Neben den 145 Kindern, deren Schilddrüsen aufgrund einer schnellen Ausbreitung oder Metastasierung des Tumors bereits operiert wurden, gibt es noch 38 Kinder mit Krebsdiagnosen in der Feinnadelbiopsie, die noch auf eine Operation warten und jedes Jahr kommen neue Fälle dazu. Bislang sind auch erst knapp 71% der Kinder nachuntersucht worden, so dass mit einem weiteren Anstieg der Krebsdiagnosen in den kommenden Jahren zu rechnen ist – ganz ähnlich wie der Verlauf in Tschernobyl.

Nach den früh auftretenden Schilddrüsenkrebsfällen ist in Fukushima in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zudem mit einem Anstieg von Leukämien und soliden Tumoren der Lungen, des Darms, der Haut und anderer Organe zu rechnen. Ob man diese so sorgfältig erfasst wie derzeit noch die Schilddrüsenfälle ist jedoch fraglich. Denn die japanische Regierung ist politisch abhängig von der Atomindustrie und versucht seit Jahren, das negative Image des mehrfachen Super-GAUs von Fukushima durch atomfreundliche Öffentlichkeitsarbeit und aufmunternde Unterstützung der lokalen Bauernverbände auszulöschen.

Und selbst die Schilddrüsenuntersuchungen könnten bald zum Erliegen kommen. Schon jetzt wird über ein Einstellen der Reihenuntersuchungen gesprochen und Vertreter der zuständigen Fukushima Medical University besuchen Schulen in der Präfektur Fukushima und raten Kindern und Jugendlichen, die Ultraschalluntersuchungen abzulehnen, wenn sie keine „unvernünftigen Krebsdiagnosen“ erhalten wollen.

Währenddessen engagieren sich viele JapanerInnen für die Belange der Betroffenen der Atomkatastrophe. In unabhängigen Laboren wie dem „[Mothers' Radiation Lab](#)“ in Iwaki werden Strahlenmessungen angeboten, unabhängige Kliniken bieten Zweitmeinungen bei Ultraschalluntersuchungen an und Ärzte in Gifu untersuchen Milchzähne japanischer Kinder auf Strontium-90, um die Auswirkungen der Atomkatastrophe genauer einschätzen zu können.

Die deutsche IPPNW unterstützt diese Initiativen und trägt durch ihre wissenschaftliche Aufbereitung der Ergebnisse neuerer Studien aus Japan zur Aufklärung der betroffenen Bevölkerung bei. Im Report „[30 Jahre Leben mit Tschernobyl – 5 Jahre Leben mit Fukushima](#)“ sind die wesentlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte aufgeführt und in anschaulicher Weise aufgearbeitet.

Dr. Alex Rosen ist Kinderarzt und stellvertretender Vorsitzender der deutschen IPPNW.